



## BRIEF AUS BERLIN – NR. 26/2016

### Inhalt

#### Vorwort

#### Aus dem Bundestag

- + Clausnitz und Bautzen
- + Asylpaket II
- + Die intelligente Mobilität fördern
- + Novellierung Meister-BAföG
- + Wissenschaftsfinanzierung
- + EU-Tabakprodukttrichtlinie
- + Betriebs- und Personalrätekonferenz
- + „Bildung in der Einwanderungsgesellschaft“  
& Parlamentarischer Abend GEW
- + Frühstücksgespräch Soziale Innovationen
- + Praktikum bei der FES
- + Netzwerk-Berlin: Wein-Contest
- + Besuch aus dem Wahlkreis

#### Aus dem Wahlkreis

- + Pressemitteilungen
- + Termine

### Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Genossinnen und Genossen,

die erschütternden Ereignisse in Clausnitz und Bautzen haben gezeigt, dass Rechtsstaat und Zivilgesellschaft jetzt klare Kante gegen ausländerfeindliche Hetze und Menschenfeindlichkeit zeigen müssen. Vor dem Hintergrund dieser Ereignisse beschloss der Deutsche Bundestag auch neue Asylregelungen mit dem sogenannten Asylpaket II. Das neue Regelwerk soll die Beschleunigung von Asylverfahren ermöglichen und die Abschiebung straffälliger Asylbewerber erleichtern. Trotz sinkender Einwanderungszahlen, sind diese Maßnahmen, angesichts der Überlastung der Behörden, hilfreich, Ordnung in den Verfahren zu gewährleisten.

In zwei Debattenbeiträgen zum Meister-BAföG und zur Wissenschaftsfinanzierung habe ich diese Woche im Deutschen Bundestag gesprochen. Als Berichterstatter der SPD-Bundestagfraktion für das Meister-BAföG bin ich stolz, dass wir in den Verhandlungen eine substantielle Verbesserung für alle Weiterbildungsinteressierten erreicht haben. In der Rede zur Wissenschaftsfinanzierung habe ich aufgezeigt, dass der Bund in den vergangenen Jahren erheblichen Anteil an der Verbesserung der deutschen Hochschul- und Forschungslandschaft hat, aber auch die Länder hervorragende Arbeit leisten.

Die Umsetzung der Tabakproduktrichtlinie in deutsches Recht dient vor allem dem Schutz der Jugend vor Nikotinsucht.

Die alljährliche Betriebsrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion dient dem Austausch mit den Vertreterinnen und Vertretern vor Ort. Die SPD hat über ihre arbeitsmarktpolitischen Vorhaben informiert. Am Rande der Veranstaltung konnte ich Betriebsräte aus dem Wahlkreis begrüßen.

Die Einwanderung stellt unser Bildungssystem vor große Herausforderungen. Auf dem parlamentarischen Abend der *Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft* und in der Anhörung „Bildung in der Einwanderungsgesellschaft“ im Bildungsausschuss wurden Lösungen präsentiert und diskutiert.

Wirtschaftliches Handeln muss dem sozialen Fortschritt dienen. Entlang dieser Maxime diskutierte die SPD-Bundestagfraktion mit mehr als 100 Akteuren aus Gewerkschaften, Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft.

Das Netzwerk Berlin rief zu einer Prämierung der in der SPD-Fraktion vertretenen Weinregionen und deren Produkte auf. Die Rheingauer Weine belegten, aus meiner Sicht erwartungsgemäß, die ersten Plätze.

In dieser Woche konnte ich eine Schülergruppe der 9. Klassenstufe aus der Reformschule Rheingau in Oestrich-Winkel zu einem Gespräch im Deutschen Bundestag begrüßen. Ich mag diese Form des direkten Gesprächs und freue mich immer auf Besuch aus dem Wahlkreis an meiner Wirkungsstätte.

Nun wünsche ich Euch/Ihnen eine angenehme Lektüre und ein schönes Wochenende!

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Martin Rabanus', with a stylized flourish at the end.

Martin Rabanus, MdB

## Clausnitz und Bautzen – und die Konsequenzen



Quelle: Youtube / Screenshot t-online.de)

Was in Clausnitz und Bautzen passiert ist, macht fassungslos. Dieses Ausmaß an Hass und Menschenverachtung ist kaum zu überbieten. Und wer applaudierend und kopfnickend daneben steht, während eine geplante Einrichtung für Asylsuchende abbrennt, der unterstützt die geistigen und leider auch die tatsächlichen Brandstifter. Die Forderung nach Konsequenzen einte auch alle Rednerinnen und Redner der Aktuellen Stunde am Mittwoch im Plenum. Wie kann es sein, dass der Leiter des bedrohten Heims, der als einer der wenigen die Ankunftszeit des Busses kennt, Mitglied der rechtspopulistischen AfD ist und schon im November als Redner bei einer Demo das „Asylchaos stoppen!“ war. Sein Bruder wiederum hat die Kundgebung gegen das Asylheim organisiert und Spiegel-Online meldet, dass es einen weiteren Bruder gibt, der seinen Brüdern politisch nahe steht, aber von den Flüchtlingen lebt, weil er Metallcontainer als Behelfsbaracken umrüstet. Ministerpräsident Tillich steht wegen der rassistischen Attacken in Sachsen erheblich unter Druck. Tillich ist gefordert, staatliche Strukturen und die Demokratie zu festigen, um die „braune Suppe“ auszutrocknen!

## Bundestag entscheidet über Asylpaket II



Im Vorfeld der 2./3. Lesung zum sogenannten Asylpaket II wurde in der Fraktion heftig und leidenschaftlich über diesen mit der Union erzielten Kompromiss debattiert.

Die Gesetzesvorlagen bündeln unterschiedliche Maßnahmen:

Ein Gesetzentwurf soll die leichtere Ausweisung straffällig gewordener Ausländer ermöglichen. Straftaten gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit, die sexuelle Selbstbestimmung, das Eigentum oder der Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte begründen zukünftig ein so genanntes schwerwiegendes Ausweisungsinteresse, sofern ein ausländischer Staatsbürger hierfür zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe verurteilt wurde. Die Höhe der Strafe spielt dabei keine Rolle.

Asylsuchende mit geringen Chancen auf Anerkennung sollen künftig in besonderen Aufnahmeeinrichtungen untergebracht werden, in denen die Asylverfahren in kurzer Zeit abgeschlossen sein sollen. Diese Regelung soll Menschen aus sicheren Herkunftsländern und

Menschen, die keine Bereitschaft zeigen, ihre wahre Herkunft aufzudecken oder die aus schwerwiegenden Gründen ausgewiesen worden sind, betreffen. Für diesen Personenkreis gilt auch eine Wohnverpflichtung in besonderen Aufnahmeeinrichtungen; daran knüpft die sogenannte Residenzpflicht an.

Der Schutz für minderjährige Flüchtlinge in den Unterkünften wird verbessert. Beschäftigte und Ehrenamtliche, die in Kontakt mit Minderjährigen stehen, müssen ein erweitertes Führungszeugnis vorlegen.

Der Bund wird seine Unterstützung bei der Passersatz-Beschaffung intensivieren. Es wird hierzu eine neue Organisationseinheit beim Bundespolizeipräsidium eingerichtet, um Heimreisedokumente zu beschaffen. Sie hält stetigen Kontakt mit den Botschaften der Herkunftsstaaten.

Zukünftig werden medizinische Gründe, die gegen eine sofortige Rückführung sprechen, sehr viel genauer unter die Lupe genommen und damit die Rückführung erleichtert. Dazu zählt eine Präzisierung der methodischen Anforderungen an Atteste, eine widerlegbare Vermutung für das Fehlen gesundheitlicher Abschiebungshindernisse, eine Pflicht zur unverzüglichen Vorlage (statt Attest „auf Vorrat“) und bei Zweifeln der Behörde Anordnung einer ärztlichen oder amtsärztlichen Untersuchung. Mit Blick auf eine faire Lastenverteilung und geordnete Verfahren ist es notwendig, dass ein

Anspruch auf volle Leistung aus dem Asylbewerberleistungsgesetz erst dann besteht, wenn der Ankunftsnachweis in der zugewiesenen Aufnahmereinrichtung ausgestellt ist.

Außerdem sieht das geplante Gesetz vor, den Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte ab Inkrafttreten des Gesetzes befristet für zwei Jahre auszusetzen. Eine Härtefallprüfung ist jedoch möglich. Insbesondere das Aussetzen des Familiennachzugs wurde in der SPD-Fraktion kritisch gesehen, gleichwohl hat die große Mehrheit der Fraktion dem Kompromiss zugestimmt, weil sonst das gesamte Asylpaket gescheitert wäre. Ein Scheitern konnten wir uns aber nicht erlauben, da die Menschen zu Recht Handlungsfähigkeit von der Regierungskoalition erwarten. Zudem gilt die Einschränkung nur für die relativ kleine Gruppe der subsidiär Schutzberechtigten, nicht aber für diejenigen, die als Asylbewerber oder als Flüchtling nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt werden.

Die SPD-Fraktion hat in den Verhandlungen über das Paket erfolgreich sichergestellt, dass Menschen, die in Deutschland Schutz suchen, weiterhin ein humanes und faires Verfahren erhalten. Haftähnliche Transitzone, wie von der Union gefordert, konnten wir verhindern. Als nächstes Projekt werden wir nun ein Integrationspaket schnüren, um die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, damit sich Menschen, die neu in unser Land kommen und hier bleiben werden, schnell integrieren.

## Intelligente Mobilität fördern



In 2./3. Lesung wurde der Antrag der Koalitionsfraktionen zur Nutzung der Potenziale der Digitalisierung im Verkehrsbereich behandelt. Wir müssen die Voraussetzungen für die Mobilität 4.0 schaffen – mit intelligenten Verkehrssystemen, automatisierter Mobilität und interaktiv kommunizierenden Verkehrsträgern, Mobilitätsangeboten und Mobilitätsbedarfen. Wir wollen die Digitalisierung in allen Verkehrsbereichen – vom Straßen- und Schienenverkehr bis zur Logistik und zur Luftfahrt – nutzen und fördern. So lassen sich Effizienz und Sicherheit im Verkehrsbereich erhöhen und die Umwelt besser schützen.

Um die Potenziale der Digitalisierung zu nutzen, bedarf es allerdings enormer staatlicher Anstrengungen in der Forschung, Förderung und bei der Anpassung rechtlicher Rahmen und Standards. Dabei haben wir die Einhaltung der Datenschutzstandards stets fest im Blick. Hierzu soll die Bundesregierung eine verkehrsträgerübergreifende Strategie zur intelligenten Mobilität vorlegen. Zudem fordern die Abgeordneten die Bundesregierung unter anderem auf:

- ein „Digitales Straßengesetz“ mit konkreten Handlungsschritten zum Aufbau einer intelligenten Verkehrssteuerung und -infrastruktur zu erarbeiten,
- sich in den Verhandlungen auf internationaler Ebene weiterhin für die rechtlichen Änderungen zur Ermöglichung des automatisierten Fahrens einzusetzen und diese ebenfalls sogleich in die nationale Gesetzgebung umzusetzen, sowie
- einen Aktionsplan „Digital vernetztes Auto – intelligente Straßeninfrastruktur“ zu erstellen, in dem weitere Maßnahmen und Ergebnisse des „Runden Tisches Automatisiertes Fahren“ und der Arbeitsgruppen des Nationalen IT-Gipfels gebündelt und weitere Handlungsfelder vorgeschlagen und von der Bundesregierung bewertet werden.

Der digitale Wandel sei im Begriff, die Mobilität zu revolutionieren, heißt es im Koalitionsantrag. Ziel müsse es sein, bei den neuen Technologien und Entwicklungen die gesamte Wertschöpfungskette in Deutschland zu halten, die technologische Vorreiterrolle auszubauen und in allen Bereichen Leitmarkt und Leitanbieter für die Zukunft der individuellen Mobilität zu werden. So würden auch hochqualifizierte Arbeitsplätze in Deutschland gesichert. Gleichzeitig müssten all die durch die Digitalisierung des Verkehrssektors hervorgerufenen Veränderungen in enger Kooperation von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden begleitet werden. Denn „gute Arbeit muss sich auch in Zeiten der Mobilität 4.0 lohnen“.

## Meister-BAföG attraktiver – berufliche Bildung gestärkt



[In meiner Rede zum Beschluss der 3. Novelle des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes \(AFBG\), umgangssprachlich Meister-BAföG, habe ich zusammengefasst, wofür sich die SPD in den vergangenen Monaten in den Verhandlungen eingesetzt hat:](#) bessere Förderbedingungen für Frauen und Männer, die eine Weiterbildung zum Meister, Techniker oder Fachwirt anstreben.

Vor allem durch die Anhebung des Zuschussanteils zu den Kosten der Fortbildung, dem so genannten Maßnahmebeitrag, auf jetzt 40 Prozent wird die finanzielle Belastung der Weiterbildungswilligen deutlich verringern. Bisher sind es 30,5 Prozent. So werden Hürden zur Aufnahme einer Aufstiegsfortbildung deutlich gesenkt.

Mit zahlreichen Veränderungen wurde das AFBG nachhaltig modernisiert und an aktuelle Bedarfe angepasst. Der Zugang von Bachelorabsolventen ermöglicht es diesen, nach der Weiterbildung einen Betrieb zu leiten. Wir stärken damit die Durchlässigkeit zwischen der

beruflichen und akademischen Bildung. Weitere wichtige Punkte sind die Lockerung der Fortbildungsdichte und der förderunschädlichen Fehlzeiten. Mit der Erhöhung des Unterhaltsbeitrags auf 40 Prozent schaffen wir zudem mehr Anreize für Weiterbildungswillige, die bisher wegen der hohen Folgekosten davor zurück schreckten. Die Erhöhung des Erlasses bei erfolgreichem Maßnahmeabschluss auf 40 Prozent soll zu mehr Durchhaltewillen in schwierigen Situationen motivieren.

Die Förderung von Aufstiegsfortbildungen in den Erziehungsberufen ist der SPD ein besonderes Anliegen, deshalb wurden eine sachgerechte Pauschalierung eingeführt und die bürokratischen Hürden reduziert. Somit werden die Karriereperspektiven dieser großen AFBG-Fördergruppe gestärkt.

Weil für uns der Meister so wichtig ist, wie der Master, wollen wir echte Gleichwertigkeit. Das neue, ab 1. August 2016 wirksame Meister-BAföG ist mit einem Jahresvolumen von rund 90 Millionen Euro ein großer Schritt dorthin. Das ist für uns Chancengleichheit in der Förderung, mit der wir für viele Bürgerinnen und Bürger den Aufstieg durch Bildung schaffen wollen. Sich weiterbilden muss belohnt werden – denn die Arbeitswelt und so auch die ganze Gesellschaft profitieren von der Weiterbildungsmotivation jedes Einzelnen. Mit dieser Novelle und der Einlösung unserer Zusage aus dem Koalitionsvertrag, die berufliche Weiterbildung zu stärken, wollen wir dazu beitragen.



## Meine Rede zur Wissenschaftsfinanzierung in Deutschland



Anlass für meine zweite Rede diese Woche im Plenum war ein Antrag der Fraktion Die Linke zur Finanzierung der Wissenschaft. Als Mitglied im Bildungs- und Forschungsausschuss begrüße ich das grundsätzliche Ziel, Wissenschaft und Hochschulen mit weiteren Mitteln auszustatten und auch strukturschwache Regionen zu stärken – jedoch sicherlich nicht das beantragte Sammelsurium der Linken. Ein Beispiel: Wenn es nach den Linken ginge, müssten für die nächsten 10 Jahre allein 50 Mrd. nur für das Wissenschaftspersonal aufgewendet werden. Aber es gibt noch viele weitere Bereiche, die Gelder benötigen. Ich kann nur sagen: Wir haben die Wissenschaft in den letzten Haushaltsrunden gestärkt. An dieser Stelle sei nur die Weiterführung der Exzellenzinitiative, des Hochschulpaktes, oder die Stärkung der Fachhochschulen, insbesondere im Rahmen eines Sonderprogramms, sowie die Verwendung der frei werdenden BAföG-Mittel – zumindest in den meisten Bundesländern – zur Stärkung der Hochschulen genannt.

[Verantwortung geht anders! Aber wie? Das kann hier in meiner Rede im Wortlaut nachgelesen werden.](#)

## EU-Tabakproduktrichtlinie stärkt Jugendschutz



Diese Woche wurde die EU-Tabakprodukt-richtlinie im Deutschen Bundestag in deutsches Recht umgesetzt. Ziel ist es, insbesondere Jugendliche vom Einstieg in den Konsum von Tabakerzeugnissen und elektronischen Zigaretten abzuhalten. Neu eingeführt werden u. a. Warnhinweise, die aus einer Kombination aus Bild und Text bestehen. Außerdem werden europaweit einheitliche Regelungen zu Zusatzstoffen getroffen. Verboten werden charakteristische Aromen wie etwa Menthol. Auch andere Zusatzstoffe, welche die Attraktivität (Vitamine, Taurin), die Sucht erzeugende oder toxische Wirkung erhöhen, sollen verboten werden. Diese Zusatzstoffe werden auch in elektronischen Zigaretten verboten. Darüber hinaus werden auch Werbeaktivitäten etwa in Form von Gutscheinen oder Gratisverteilungen verboten. Der Erwerb und Konsum von E-Zigaretten ist für Erwachsene nach wie vor möglich. Wissenschaftliche Untersuchungen über den dauerhaften Konsum von E-Zigaretten liegen derzeit nicht vor, was eine schädliche Wirkung nicht ausschließt, Warnhinweise über die Folgen des Konsums sind dennoch Teil der Richtlinie.

## Betriebsräte aus dem Wahlkreis auf der Betriebsrätekonferenz der SPD-Fraktion



Diese Woche fand in den Fraktionsräumen der SPD-Bundestagsfraktion die Betriebs- und Personalrätekonferenz zu dem Thema „Missbrauch bei Leiharbeit und Werkverträgen beenden - Arbeit der Zukunft gestalten“ mit über 350 Betriebs- und Personalräten aus ganz Deutschland statt. Ich habe mich sehr gefreut, dass Betriebsrat Simon Rottloff aus Wiesbaden und Günter Dries aus meinem Wahlkreis teilnehmen konnten.

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles und der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Thomas Oppermann, umrissen in ihren Vorträgen das oberste arbeitsmarktpolitische Ziel der SPD: gute Arbeit zukunftsfest machen. Beide betonten, dass es in Zeiten großer Zuwanderung wichtig sei, die Einheimischen nicht gegen die Flüchtlinge auszuspielen. Dazu gehöre, den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen endlich gesetzlich zu regeln. Nahles und Oppermann machten mit den Betriebs- und Personalräten gemeinsam deutlich, dass der Missbrauch von Leiharbeit und die sogenannten Scheinwerkverträge die Belegschaften

spalte und die Arbeitsbedingungen verschlechtere. Dieser Verstoß gegen das Prinzip der sozialen Marktwirtschaft müsse daher restriktiv bekämpft werden.

Dass die Union nun die bereits verhandelten Inhalte des Gesetzesentwurfs blockiere, sei unverantwortlich, erklärte Ministerin Nahles. Eine Million Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer würden auf mehr Sicherheit und Gehalt warten. IG-Metall-Chef Jörg Hofmann unterstrich ebenfalls, dass es wichtig sei, Dumpingstrategien auf dem Rücken der Beschäftigten endlich zu unterbinden. Er forderte, sichere, gerechtere und selbstbestimmtere Arbeit – besonders im Hinblick auf die Digitalisierung der Arbeit.

Da sich auch die Arbeitswelt stetig wandelt und dadurch neue Herausforderung an die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik gestellt werden, setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion in der Projektgruppe Zukunft *#Neue Gerechtigkeit* für gute Arbeit heute sowie in der Zukunft ein. Zu diesem Projekt konnten die betrieblichen Praktiker ihre Erfahrungen und Forderungen mit einbringen. Durch ihre Teilnahme an den drei Arbeitsgruppen „Neue Zeiten – Arbeitsmodelle im Wandel“, „Neues Miteinander – Einwanderungsland Deutschland“ und „Neue Chancen – Wertschätzung von Bildung und Arbeit“ konnten sie einen wichtigen Beitrag dazu leisten.



## „Bildung in der Einwanderungsgesellschaft“: Von Sofortmaßnahmen hin zur langfristigen Integration



Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat diese Woche – gemeinsam mit Sachverständigen aus der Wissenschaft sowie mit Gewerkschaften und Verbänden – das Thema „Bildung in der Einwanderungsgesellschaft“ diskutiert.

Bildung und Ausbildung sind die tragenden Säulen für Integration und für soziale und gesellschaftliche Teilhabe der Menschen, die zu uns kommen. Die langfristige Integration der Menschen, die zu uns kommen, wird aber nur gelingen, wenn wir unser Bildungssystem dafür fit machen und uns als eine Einwanderungsgesellschaft wahrnehmen. Denn: Der Großteil der Flüchtlinge ist unter 25 Jahre alt. Sie sollen unsere Kitas und Schulen besuchen und später eine Ausbildung oder ein Studium aufnehmen. Darauf müssen die Bildungseinrichtungen sowie die Lehrkräfte, Erzieher und Sozialarbeiter vorbereitet sein.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert deshalb zurecht eine [„Nationale Bildungsallianz“](#). Der Bund muss die Länder und Kommunen dabei

unterstützen dürfen, dass es gute Kitas und Schulen gibt, dass flächendeckend Ganztagsangebote zur Verfügung stehen, dass die Plätze in Sprach- und Integrationskursen ausgebaut werden und dass ausreichend Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter an den Schulen arbeiten. Dazu zählt auch, dass wir unsere Lehrkräfte und Sozialarbeiter angemessen bezahlen.

### *Parlamentarischer Abend der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW)*

Das Thema Bildung in der Einwanderungsgesellschaft wurde diese Woche auch auf dem Parlamentarischen Abend der GEW aufgegriffen: Im Kern wurde hierbei thematisiert, dass Kinder mit Migrationshintergrund oft dem Vorurteil begegnen, weniger leistungsstark zu sein. Deutschland ist bereits seit den 1970er Jahren ein Land, in dem Migranten ihre neue Heimat gefunden haben, doch bislang wurde noch keine einheitliche Gleichstellung erreicht. Um dieses Ziel weiter zu verfolgen, wurde auf die hohe Bedeutung der politischen Bildung verwiesen. Mit dem Asylpaket II wurde im Kontext der Flüchtlingskrise nun ein weiterer rechtlicher Rahmen geschaffen, der die neuen Entwicklungen berücksichtigt. Die GEW und die anwesenden Politiker waren sich dabei einig, dass es für eine langfristige Integration in Deutschland besonders wichtig sei, Jugendliche – ob nun Migranten oder Geflüchtete – frühzeitig in Weiterbildungsmaßnahmen zu involvieren.

## Innovationsfrühstück der SPD-Bundestagsfraktion zur sozialen Innovationspolitik



Gesellschaftliche Probleme können durch Innovationen gelöst werden. Wirtschaftliches Handeln sollte ebenso dem sozialen Fortschritt dienen. Wie dieses Ziel erreicht werden kann, diskutierte die SPD-Bundestagsfraktion diese Woche im Rahmen eines Innovationsfrühstücks mit mehr als hundert Vertretern aus Unternehmen, Gewerkschaften, Zivilgesellschaft und Wissenschaft.

Der Dialog mit Wirtschaft und Gesellschaft ist Grundlage für die Erarbeitung eines Konzeptes für eine „Soziale Innovationspolitik“. [Dazu hat die Projektgruppe #Neue Erfolge der SPD-Bundestagsfraktion das Dialogpapier „Soziale Innovationspolitik – Innovation und gesellschaftlicher Fortschritt“ erarbeitet und bei dem Frühstückstermin erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt.](#)

Die aktuelle Innovationspolitik in Deutschland verfolgt einen Ansatz, der sich hauptsächlich an technischen Neuerungen orientiert. Dieser Ansatz dient sowohl der Förderung der industriellen Produktion als auch der Sicherung des Wirtschaftsstandortes. Um aber gesellschaftli-

che Probleme zu lösen, müssen wir diesen Ansatz erweitern. Aus Sicht der Sozialdemokraten müssen soziale Fragestellungen daher zum Ausgangspunkt von Innovationen gemacht werden. So verfolgen beispielsweise soziale Unternehmen im Hinblick auf die Integration von Flüchtlingen neue Ansätze und tragen damit zur Lösung der aktuellen Flüchtlingsproblematik bei.

Die Diskussion hat gezeigt, wie soziale Innovationen zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beitragen und wie diese stärker gefördert werden können. Die SPD-Bundestagsfraktion wird in einem breiten Diskussionsprozess nach neuen Antworten suchen und dazu mit möglichst vielen Akteuren des Innovationssystems und der Zivilgesellschaft ins Gespräch kommen. Am Ende des Dialogprozesses sollen die Stellungnahmen und Expertisen in ein Konzept für eine soziale Innovationspolitik einfließen.

Auch Unternehmen in meinem Wahlkreis sind dazu aufgerufen, sich an dem Dialogprozess zu beteiligen. Die Rückmeldefrist hierfür endet am 31. März 2016. Die Kontaktdaten für die Rückmeldung sind in dem Papier selbst enthalten.

## Netzwerk Berlin Weincontest: Rheingauer Wein gewinnt in zwei Kategorien



Als Sprecher des Netzwerk Berlins war eine Veranstaltung diese Woche für mich von besonderem Wert: erstmalig erprobt und ein neues Veranstaltungsformat neben den Netzwerkabenden – unser Netzwerk Weincontest. Als Aufhänger wurde folgende Frage in den Raum gestellt: In welchem Wahlkreis wird der beste Wein hergestellt? Von Anfang an war für mich klar: selbstverständlich in unserem schönen Rheingau! So trat ich in harte Konkurrenz mit meinen Abgeordnetenkollegen Thomas Hitschler (Südpfalz), Johannes Fechner (Emmendingen-Lahr in Baden) und Martin Rosemann (Tübingen). In drei Runden wurden die Gäste mit vier verschiedenen Sektsorten sowie vier verschiedenen Weiß- und Rotweinen versorgt und mussten am Ende abstimmen, welcher Wein der Beste war – natürlich bei abgedecktem Etikett. Und sie waren unserem Rheingauer Weiß- und Rotwein (Künstler und Diefenbach) wohlgesonnen! Und auch der Sekt vom Weingut Barth schnitt gut ab. So habe ich am Ende gleich zweimal die Krone für den besten Wein im Rheingau ergattert.

## Aufruf an Studierende aus dem Wahlkreis – politische Praxis in Europa erlernen



Gerne weise ich auf die Möglichkeit hin, Praxiserfahrung bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brüssel zu machen. Die FES bietet für europapolitisch interessierte Studierende ein fünf- bis sechsmonatiges Praktikum ab August 2016 an.

Voraussetzungen sind: ein Studium vorzugsweise in den Bereichen Geistes-/ Sozialwissenschaften oder European Studies; Immatrikulation an einer Hochschule; Mehrsprachigkeit, neben Deutsch, in Englisch, Französisch oder Spanisch ist erwünscht sowie selbstverständlicher Umgang mit Schreibsoftware und Texten.  
Zeiträume:

22.08.2016 bis 27.01.2017 (Bewerbungsfrist: 15.04.2016 (3 Plätze))

22.08.2016 bis 30.11.2016 (Bewerbungsfrist: 15.04.2016 (1 Platz))

Bitte bewerben Sie sich mit Bewerbungsschreiben, Lebenslauf und Zeugniskopien direkt bei der FES in Brüssel. Unterlagen bitte an [Veronique.Kieffer@fes-europe.eu](mailto:Veronique.Kieffer@fes-europe.eu) oder Friedrich-Ebert-Stiftung, Rue du Taciturne 38, B - 1000 Brüssel, zu Händen von Frau Véronique Kieffer.

## Reformschule Oestrich-Winkel zu Gast im Deutschen Bundestag



In dieser Woche konnte ich die 9. Klasse der Reformschule Rheingau aus Oestrich-Winkel zu einem Gespräch im Deutschen Bundestag begrüßen.

Der Darstellung meiner Arbeit als Abgeordneter zu meinem Arbeitsalltag galten viele Fragen der Schülerinnen und Schüler, da sie demnächst eine Projektprüfung über die Arbeit des Bundestags ablegen werden. Eine Prüfungsvorbereitung mit einem Bundestagsabgeordneten genoss die Klasse als sehr abwechslungsreiche Form des Lernens.

Ich erläuterte innerparteiliche Diskussionen und warum ich bei harten Drogen für restriktive Verbote bin, mir aber bei Cannabis eher eine Legalisierung vorstellen kann – wenn man vor den Risiken warnt. Die Darstellung der aktuellen Debatte zur Tabakprodukttrichtlinie verdeutlichte den Schülerinnen und Schülern wie aktuell und nah Politik am täglichen Leben der Bürger ist. Fragen zum Abstimmungsverhalten mündeten in einer Diskussion über Mandatsfreiheit und Fraktionszwang. Alle Ab-

geordneten sind nur ihrem Gewissen verpflichtet. Die Abstimmung zum „Asylpaket II“ ist ein gutes Beispiel.

Auf die Frage nach meinem Berufsleben und Vor- wie Nachteilen kann ich sagen, dass es mir gefällt, Demokratie mitzugestalten. Die Möglichkeit einen Beitrag für unser Land zu leisten, motiviert mich. Ein großer Wermutstropfen ist die eingeschränkte Zeit mit meiner Familie.

Mit Blick auf den Wahlkreis ging es inhaltlich um die verschiedensten Themengebiete: Von der aktuellen Flüchtlingssituation bis hin zu kommunalpolitischen Fragen. Ein großes Thema spielte dabei die am 6. März anstehende Kommunalwahl im Rheingau-Taunus-Kreis. Auch wenn die Schülerinnen und Schüler dort noch nicht wahlberechtigt sind, interessierte sich die Klasse sehr für die Themen vor Ort, z.B. die Schulsituation im Rheingau-Taunus-Kreis.

Zum Abschluss des Gespräches entwickelte sich ein lockerer Austausch über persönliche Interessen der Jugendlichen. Hier interessieren mich als Bildungspolitiker vor allem die zukünftigen Berufspläne der Schülerinnen und Schüler.

Der Besuch einer Plenardebatte und eine Führung durch die Gebäude des Deutschen Bundestages rundeten den Berlinbesuch der Gruppe ab.

## Termine

26.02.2016

19:30 – Wahlkampfendspurt, Vereinshaus  
Oberwalluf, Marktstraße 29, Walluf

27.02.2016

09:00 – Infostand Breithardt, Bäckerei Wick  
10:00 – Infostand Hünstetten-Kesselbach,  
Tegut  
11:30 – Infostand Niedernhausen, Rathaus  
17:30 – Neujahrsempfang SPD Wiesbaden,  
Haus an der Marktkirche

28.02.2016

10:00 – Frühlingsempfang Stadt Taunusstein,  
Bürgerhaus Taunus

29.02.2016

13:00 – Verteilaktion Taunusstein  
17.30 – Termin mit Thorsten Schäfer-Gümbel  
zu B8 in Limburg-Lindenholzhausen  
19.00 – Informationsveranstaltung der SPD  
Limburg mit Thorsten Schäfer-Gümbel, Rocka-  
rena

01.03.2016

10:00 – Verteilaktion Idstein/Hünstetten

02.03.2016

06:00 – Pendleraktion SPD Taunusstein, Bus-  
bahnhof Taunusstein-Hahn  
10:00 – Verteilaktion Aarbergen

03.03.2016

10.00 – Wochenmarkt Eltville  
12.00 – Verteilaktion Eltville  
15:00 – Infostand Taunusstein, Wochenmarkt  
Hahn

04.03.2016

07:00 – Pendleraktion Bahnhof Geisenheim  
09:00 – Infostand Geisenheim, Wochenmarkt

05.03.2016

09:00 – Infostand Eltville, Fußgängerzone  
10:30 – Infostand Winkel, Rewe  
11:30 – Infostand Rüdesheim, Bäckerbub

06.03.2016

18.30 – Ergebnisbekanntgabe Kreishaus Bad  
Schwalbach  
20.30 – Wahlparty SPD Taunusstein

*Termine in kursiv sind öffentlich*

## Pressemitteilungen

25.02.2016

[SPD im Dialog mit über 350 Betriebs- und Per-  
sonalräten](#)

24.02.2016

[Martin Rabanus: Finanzierung der Mehrgene-  
rationenhäuser weiterhin sichergestellt](#)